

Ideologie und Dilettantismus gefährden Energieversorgung

Zum Leitantrag „Energiepolitik“
des SPD-Parteivorstandes

Der SPD-Parteivorstand hat für den SPD-Parteitag in Berlin einen Leitantrag verabschiedet, um die Vorstellungen der SPD zur Energiepolitik festzulegen. Dieser Leitantrag geht zurück auf einen Bericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD. Dieser „erste Zwischenbericht“ ist von der SPD in Bonn im September 1979 veröffentlicht worden.

Obwohl der Leitantrag die extrem labile Versorgungslage für das OPEC-Öl eingestehlt, fehlen die notwendigen Schlußfolgerungen. Der Leitantrag der SPD zur Energiepolitik spiegelt die Zerrissenheit dieser Partei und ihre Unfähigkeit wider, in einer krisenhaften Situation verantwortlich die Energieversorgung heute und für morgen zu sichern.

Im folgenden werden von dem energiepolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Karl-Heinz Narjes, die wichtigsten energiepolitischen Thesen des SPD-Leitantrages herausgestellt und jeweils mit einer Stellungnahme versehen, um die Unterschiede deutlich herauszuarbeiten.

Ziele der Energiepolitik

DIE SPD FORDERT:

- Eine Energiepolitik „Weg-vom-Öl“. Entschiedene Anstrengungen zur besseren Nutzung und Einsparung von Energie.
- Vorrangige Erschließung neuer Energiequellen.

- Vorrang der heimischen Kohle in der Wärmeversorgung und bei der Stromerzeugung.
- Weitere Nutzung der Kernenergie nur subsidiär zur Kohle und nur unter genau umrissenen Bedingungen.

Der Hamburger Parteitag hat beschlossen, daß die Option für Kernenergie offen gehalten und die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden soll.

HIERZU DIE CDU/CSU:

1. Die CDU/CSU und die SPD stimmen in der Forderung nach einer Energiepolitik des „Weg-vom-Öl“ überein. Der Leitantrag weist auch richtig auf die Konflikte im Nahen Osten und die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen hin. Es fehlen aber Konsequenzen aus dieser Bedrohung der Ölversorgung. Die CDU/CSU glaubt nicht, daß wir es uns auf noch zwei Jahrzehnte hin leisten können, unsere Energieversorgung von der extrem labilen politischen Situation im Nahen Osten abhängig machen zu können.

Warum verschließt sich die SPD der Erkenntnis, die Präsident Carter seinem Energieprogramm zugrunde gelegt hat, daß nämlich spätestens 1990 eine entscheidende Verringerung der Abhängigkeit vom OPEC-Öl erreicht sein muß? Eine unvoreingenommene Bewertung dieser Versorgungsrisiken muß zu dem Ergebnis führen, der Weg-vom-Öl-Politik im allgemeinen und der Weg-vom-OPEC-Öl-Politik im besonderen die höchste Prioritätsstufe in unserer Energiepolitik einzuräumen.

Würde die SPD allerdings diese Konsequenz gezogen haben, hätte sie zugeben müssen, daß wir nicht gleichzeitig einen friedenssichernden Kampf gegen die Abhängigkeit vom OPEC-Öl und einen ideologisch motivierten Kampf gegen den Strom, also die Kernenergie, führen können.

2. Der Leitantrag der SPD steht in einem Widerspruch zu den Materialien, die ihm zugrunde liegen und ihm beigelegt sind. In dem Kapitel „Derzeitige Planung – voraussichtliche und wünschbare Entwicklung“ (Seite 10 und 11) stellt sie eine Vielzahl von Prognosen über den Primärenergieverbrauch und den Stromverbrauch zusammen. Selbst im Falle der größten Einsparung, die als Modell dargestellt wird, soll der Primärenergieverbrauch im Jahre 2000 noch 495 Mill. t SKE betragen. Alle anderen Prognosen liegen über diesem unteren Grenzwert. Bei dieser niedrigsten Prognose wird noch von einer Kernkraftwerkskapazität von 48 300 MW ausgegangen.

Aus dem Leitantrag der SPD ist nicht zu entnehmen, wie die dazu notwendigen Kapazitäten errichtet werden können oder durch welche anderen Kapazitäten sie ersetzt werden sollen. In dem Abkommen der Regierungschefs des Bundes und der Länder über die Entsorgung ist sogar von einer Kapazität von 53 000 MW für das Jahr 2000 ausgegangen worden. Die Bereitstellung einer solchen Kernkraftwerkskapazität ist noch weniger mit dem Leitantrag in Einklang zu bringen.

Selbstverständlich kann die Umstellung der Energieversorgung auf andere Energieträger als das Öl nicht allein durch eine verstärkte Nutzung der Kernenergie gelöst

werden. Aber ohne die Kernenergie läßt sich dieses Ziel zu vertretbaren wirtschaftlichen und umweltrelevanten Bedingungen auch nicht erreichen. Dies geht auch eindeutig aus den eigenen Untersuchungen der SPD in den Materialien hervor, findet aber im Leitantrag keinen Niederschlag.

Kohle und Kernenergie

DIE SPD FORDERT:

- Steigerung der deutschen Steinkohlenförderung auf zukünftig über 100 Millionen Tonnen pro Jahr.
- Erhaltung der Förderkapazität der deutschen Braunkohle.
- Frachtkostenausgleich für revierferne Bundesländer.
- Verstärkte weitere Kohleforschung.
- Maßvolle Erhöhung der Importkohlenkontingente.

HIERZU DIE CDU/CSU:

Die CDU/CSU und die SPD sind sich einig, die Kohle verstärkt zu nutzen. Sie stimmen auch darin überein, daß das in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung prognostizierte Ziel einer Förderkapazität von 102 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich erreicht werden kann und muß. Die Förderkapazitäten in Deutschland können nicht beliebig ausgeweitet werden. Es sollte endlich auch unstreitig sein, daß selbst eine sofortige und umfassende Ausweitung der deutschen Steinkohleförderungskapazitäten — für die derzeit viele Voraussetzungen fehlen — vor 1990 keine nennenswerte Erweiterung des deutschen Kohleangebotes erzielen kann. Deutsche Steinkohle steht mithin mengenmäßig nur begrenzt zur Verfügung.

Da jedes Stück Kohle nur einmal genutzt werden kann, also Mengen, die für eine Nutzungsart eingesetzt werden, für andere nicht mehr zur Verfügung stehen, hätte der SPD-Leitantrag hinreichend deutlich darüber Auskunft geben müssen, wie sich die begrenzte Menge deutscher Kohle auf die einzelnen Nutzungsarten verteilen dürfte und mit welcher Importpolitik für Steinkohle der fehlende Bedarf gedeckt werden kann. Diese Frage stellt sich jedenfalls dann, wenn man, wie der SPD-Leitantrag, die Nutzung der Kohle für die Verstromung zum alles überragenden Prinzip der Erweiterung der Kraftwerkskapazitäten erheben will.

Der SPD-Leitantrag schweigt überdies zu der sich aus dem EGKS-Vertrag ergebenden Verpflichtung, in Krisenfällen der Steinkohlenversorgung den anderen Mitgliedsstaaten der EGKS einen Zugang zur Versorgung mit deutscher Steinkohle offenzuhalten.

Der Leitantrag verschließt sich der Erkenntnis, daß der von ihm zu Recht geforderte verstärkte Einsatz der Stein- und Braunkohle zu seiner Veredelung durch Verflüssigung und Vergasung die Mengen beschränkt, die zu ihrer Verstromung verfügbar sind.

Der Leitantrag weist zwar auf das Kohlendioxydproblem als Umweltgefahr für den Einsatz von Kohle hin, zieht aber daraus keine mengenmäßigen Konsequenzen für den Einsatz von Stein- und Braunkohle auf deutschen Standorten.

Der Leitantrag der SPD erwähnt die Schwierigkeiten der Festlegung geeigneter Standorte für Kohlekraftwerke und Anlagen der Kohleveredelung, er gibt aber keine hinreichende Antwort auf die Frage, wie dieses Problem gelöst werden soll. Die SPD weiß, daß die Ausweitung der deutschen Förderkapazitäten für Steinkohle erhebliche Investitionen erfordert und von einer langfristigen Sicherung des Absatzes jedenfalls solange abhängig ist, wie sich die deutsche Steinkohle im Preiswettbewerb nicht behaupten kann. Ihre dahingehenden Forderungen an die Bundesregierung laufen auf eine Selbstanklage hinaus.

Die SPD weiß, daß der verstärkten und beschleunigten Nutzung der Kohle für Veredelungszwecke eine begrenzte Ungewißheit über die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen entgegensteht. Die CDU/CSU vermißt klare Aussagen zu den dadurch aufgeworfenen Problemen.

Der SPD-Leitantrag schweigt schließlich zu der Frage, ob auf deutsche Rechnung in Kohlexportländern auch Veredelungsanlagen gebaut werden sollen und ob sie diese für förderungswürdig hält.

Es gibt also keine umfassende und in sich widerspruchsfreie Kohlepolitik der SPD, und es gibt insbesondere keine Kohlepolitik, die mit dem energiepolitischen Gesamtrahmen, den der SPD-Leitantrag vorstellt, vereinbar ist.

Kernenergie

DIE SPD FORDERT:

- In Zukunft soll kein Kernkraftwerk mehr zusätzlich genehmigt werden, wenn der Antragsteller ein genehmigtes Kohlekraftwerk nicht baut. Auch hat der Antragsteller, der ein neues Kernkraftwerk beantragt, den Beweis dafür anzutreten, daß der entsprechende Bedarf nicht durch ein mit heimischer Kohle befeuertes Kohlekraftwerk abgedeckt werden kann; diese Beweislast gilt für alle Lastbereiche.

HIERZU DIE CDU/CSU:

Die Kernenergie wird in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland für die Strombedarfsdeckung unentbehrlich sein. Die Materialien der SPD lassen nicht schlüssig erkennen, ob und wann in dieser oder der nächsten Generation auf die Kernenergie zur Stromerzeugung verzichtet werden kann.

Die SPD geht in ihren Materialien davon aus, daß im Jahre 2000 zwischen 290 und 510 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt werden müssen. Selbst im Falle größerer Sparmaßnahmen rechnen die Materialien mit 48 300 MW Kernkraftkapazität (entsprechend 37 Kernkraftwerken) bis sogar 85 000 MW (entsprechend 65 Kernkraftwerken).

Selbst wenn man nur die in dem Entsorgungskompromiß zugrundegelegte Zahl von 53 000 MW Kernkraftwerkskapazität für das Jahr 2000 heranzieht, müssen zu den knapp 20 000 MW, die 1985 betriebsbereit sein dürften, zwischen 1985 und dem Ende dieses Jahrhundertes etwa 33 000 MW neu errichtet werden. Dies bedeutet einen durchschnittlichen Zubau von knapp zwei Kernkraftwerken pro Jahr in diesem Zeitraum. Daneben müßten selbstverständlich noch Kohlekraftwerke gebaut werden.

Die politischen Forderungen des SPD-Leitantrages zur Kernenergie lassen sich mit diesen, aus ihren eigenen Materialien gewonnenen Fakten nicht in Einklang bringen.

Energiewirtschaftlich bedeutet der SPD-Leitantrag die Abkehr vom bisherigen Elektrizitätsversorgungssystem. Die Entscheidungsautonomie der Elektrizitätsversorgungsunternehmen wird entscheidend eingeengt. War sie bisher staatlichen Rahmenbedingungen unterworfen, wird sie jetzt unerfüllbaren Beweisverpflichtungen ausgesetzt und Opfer einer faktischen Investitionsmeldestelle.

Die von dem SPD-Leitantrag geforderte Abkehr von der Orientierung der Investitionsentscheidung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen an der Wirtschaftlichkeit bedeutet zugleich auch prinzipielle Aufgabe des Gebotes einer Versorgung der deutschen privaten und gewerblichen Verbraucher mit preiswerter, also bezahlbarer Elektrizität.

Die Rückwirkungen dieses Positionswandels auf die Qualität des deutschen Standortes für die Herstellung energieintensiver Produkte ist im Augenblick noch gar nicht abzuschätzen. Schwere Verwerfungen ergeben sich schon aus der Mißachtung der optimalen Lastenstruktur durch den Leitantrag der SPD.

Der Leitantrag der SPD räumt zwar ein, daß eine Politik des Weg-vom-Öl zwar Einsparungen im Primärenergiebereich auslöst, dafür aber zu einem steigenden Stromverbrauch führt. Dies gilt für alle in den Materialien wiedergegebenen Szenarien künftiger Energieentwicklung. Zur Stromerzeugung stehen in der Bundesrepublik Deutschland nur begrenzte Energieträger zur Verfügung:

- Wasserkraft (begrenzt).
- Erdgas (knapper werdend und langfristig begrenzt).
- Heimische Steinkohle (so begrenzt, wie oben dargestellt).
- Importkohle (nach den Forderungen der SPD nur sehr begrenzt).
- Braunkohle (begrenzt, vielleicht sogar knapper werdend in dem Maße, wie Braunkohle zur Vergasung herangezogen wird).
- Kernenergie in ihren verschiedenen Formen (bei Einsatz von fortgeschrittenen Reaktorsystemen praktisch unbegrenzt).

Selbst wenn man nicht von einem überproportional steigenden Stromverbrauch ausgeht, kann eine Politik des Weg-vom-Öl nur mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden, wenn sie auf den Bau von Kernkraftwerken zurückgreift. Die SPD vermeidet diese klare Schlußfolgerung, sie überdeckt ihre Handlungsunfähigkeit mit dem bekannten Options-Spiel, das es ihr erlauben soll, die faktische Verweigerung des Zubaues neuer Kernkraftwerke über Jahre hin fortzusetzen.

Die Absage an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Elektrizitätswirtschaft betrifft insbesondere auch die deutschen Arbeitnehmer, die Verschlechterung der Wettbewerbsposition kann aus einer groben Modellvergleichsrechnung zwischen einem Kernkraftwerk vom Typ Biblis (1300 MW) und den Kosten der Stromproduktion aus Kohlekraftwerken entnommen werden. Bei einer Preisdifferenz von nur drei Pfennigen je Kilowattstunde (die Differenz erhöht sich für den Fall des Einsatzes einer Rauchgasentschwefelungsanlage) liefert das Kernkraftwerk seinen Strom pro Jahr um 240 Millionen DM billiger als ein entsprechendes Kohlekraftwerk, das im Grundlastbereich genutzt wird.

Energieersparnis

DIE SPD FORDERT:

- Eine Energieverbrauchsordnung.
- Eine Vielzahl von Ge- und Verboten für die Energienutzung im Bereich der privaten Haushalte. Zahlreiche Produktionsauflagen und Genehmigungsvorbehalt.
- Eine Abwärmeabgabe.
- Mehrere grundsätzliche Änderungen im Bereich der Industrie und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

HIERZU DIE CDU/CSU:

Die rationelle Energieverwendung und das Sparen von Energie sind wichtige selbstverständliche Ziele jeder Energiepolitik, insbesondere auch unter der Berücksichtigung des Ziels „Weg-vom-Öl“. Seit Jahren fehlt ein zusammenhängendes Konzept für eine erfolgreiche kurz-, mittel- und langfristige Energiesparpolitik.

Es wäre aber eine grobe Selbsttäuschung, wenn man den Eindruck erwecken wollte, als ob das Weg-vom-Öl-Ziel allein mit einer Sparpolitik gelöst werden könnte. Wir brauchen gleichzeitig und gleichrangig eine Politik der Förderung des Einsatzes anderer Energien.

Eine Sparpolitik kann in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kein Selbstzweck sein. Der Leitantrag der SPD unterläßt es, Aufwand und Ertrag jeder einzelnen vorgeschlagenen Maßnahme abzuwägen. Dabei ist nicht nur der rechenhaft ermittelte Vergleich von Aufwand und Ertrag anzustellen, sondern es sind auch der Aufwand an Bürokratie, Mitteln aus den öffentlichen Haushalten und vor allen Dingen auch die Einschränkung persönlicher Freiheit zu berücksichtigen.

Bedenklicher noch als die Selbsttäuschung des Leitantrages über den Rang und die Möglichkeiten einer Sparpolitik sind deshalb die Instrumente und Methoden, mit denen der Leitantrag diese Ziele erreichen will. Sie laufen auf eine weitgehende Ausgliederung der Energiewirtschaft aus dem Gefüge unserer marktwirtschaftlichen Ordnung hinaus. Dem Markt soll auf die Dauer wohl nur noch eine Lückenbürorol-

le dann und so lange zugewiesen werden, wie das System staatlicher Verbraucherkontrolle und Energiebewirtschaftung nicht funktioniert. Es wird dabei die Illusion gefördert, daß bewirtschaftete Energie billiger sein könnte als eine Energie, die zu Marktpreisen angeboten wird.

Energiedirigismus und Bewirtschaftung bedeuten Bürokratie, Behörden und Bürokraten auf Kosten der Steuerzahler. Bewirtschaftung heißt Bevormundung des Verbrauchers, dem bestimmte Verhaltensweisen auferlegt werden sollen und eine Bevormundung der Wirtschaft, der wettbewerbsbehindernde Produktionsauflagen gemacht werden müßten. Schließlich muß, wer Ge- und Verbote durchsetzen will, folgerichtig bereit sein, Energiekontrolleure und -schnüffler, also eine Energiepolizei einzusetzen.

Dies alles wird vom Leitantrag offensichtlich vorgeschlagen, weil es dem SPD-Vorstand an Vertrauen und Mut zum Markt fehlt. Er benutzt die Notwendigkeit, Energie rational zu verwenden und einzusparen, als einen Vorwand, um auch auf diesem Wege seinem allgemeinen ordnungspolitischen Ziel, der Überwindung der Sozialen Marktwirtschaft, einen Schritt näher zu kommen. Der Opfersinn der Bürger wird für einen Auszug aus der Marktwirtschaft mißbraucht.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat anlässlich der Kabinettsberatung über die Energieeinsparmaßnahmen der Bundesregierung eine aufwendige Analyse der Energieverbrauchsordnungsvorschläge des Bundesforschungsministers Dr. Hauff angefertigt. Aus ihrer abschließenden Betrachtung kann man zu diesem Thema nur zitieren:

„Der Bundeswirtschaftsminister hält eine umfassende Energieverbrauchsordnung aus politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten für ein ungeeignetes Instrument der Einsparpolitik. Der Bundeswirtschaftsminister schlägt deshalb vor, der Kabinettsausschuß möge den Vorschlag einer umfassenden Energieverbrauchsordnung nicht weiterverfolgen.“

Diesen Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers schließt sich die CDU/CSU-Fraktion an.

Aus der weiteren Verlustliste marktwirtschaftlicher Ordnungssubstanz seien noch erwähnt:

- Die Elektrizitätswirtschaft soll nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt werden.
- Die Verfügung über Lastverteiler und das Hochspannungsnetz soll einer Gemeinschaftseinrichtung von Staat und Elektrizitätswirtschaft übertragen werden.
- Der Binnenluftverkehr soll willkürlich beschränkt werden.

Neue Energiequellen

DIE SPD FORDERT:

Das Kapitel über neue Energiequellen ist im Leitantrag der SPD sehr knapp gehalten, obwohl diese neuen Energiequellen von SPD-Politikern unablässig als Lösung des Energieproblems herausgestellt werden:

HIERZU DIE CDU/CSU:

Faßt man die Angaben in den Materialien der SPD zur Energiepolitik und die knappen Äußerungen im Leitantrag zusammen, so kann man nur zustimmen, wenn die SPD selbst schreibt:

„Die neuen Energiequellen werden aber bis zur Jahrhundertwende begrenzte Versorgungsbeiträge leisten können, auch wenn Forschungs- und Entwicklungsarbeiten verstärkt betrieben werden und der Einsatz dieser Energiequellen in den Haushalten und in der Industrie durch staatliche Unterstützung noch stärker gefördert wird als bisher.“

Der Widerspruch zwischen diesen Erkenntnissen und der Darstellung des Ranges der neuen Energiequellen in den Reden der Spitzenpolitiker der SPD, einschließlich des Bundeskanzlers, wird noch offenkundiger, wenn die Zahlen über die Verwendung der Energieforschungsmittel hinzugezogen werden: Nur 12 % der Ausgaben des Bundesforschungsministeriums für nicht-nukleare Energieforschung entfallen auf neue Energiequellen. Manche Forschungsgebiete, wie zum Beispiel die Wellenenergie oder die Biomasse, werden ganz unzulänglich berücksichtigt.

Auch im Bereich der neuen Energiequellen ist die SPD ausweislich des Leitantrages ihres Vorstandes nicht mehr in der Lage, die richtigen Erkenntnisse ihrer eigenen Analysen sachgerecht in politische Anträge und Entscheidungen umzusetzen.

Zusammenfassung:

Der Leitantrag der SPD zur Energiepolitik ist ein Dokument der Hilflosigkeit. Eine Energiepolitik nach den Empfehlungen des Leitantrages der SPD würde eine sichere Versorgung mit Energie zu tragbaren Preisen ausschließen. Sie würde gegen lebenswichtige Interessen, auch der deutschen Arbeitnehmerschaft, verstößen. Sie läuft auf die Aufforderung hinaus, sehenden Auges in eine zeitlich unbegrenzte Periode schmerzhafter Versorgungsgäpse hineinzuschlittern, zu Lasten der sozialen Stabilität und der Zukunft der nächsten Generation.

Wer sich die Optionen für einander entgegengesetzte Politiken offenhalten will, verweigert Entscheidungen.

Wer immer nur von einer künftigen Politik spricht, leugnet die Notwendigkeit, heute lösungsbedürftige Probleme auch heute zu entscheiden.

Die SPD war nur noch zu einem Leitantrag der Politikverweigerung, des Zwiespaltes und der Zerrissenheit fähig. Auf dieser Basis ist eine Koalition der energiepolitischen Vernunft, ist die Wiederherstellung des Konsenses über diesen lebenswichtigen Politikbereich nicht möglich.

Einer derartigen Energiepolitik wird die CDU/CSU entschiedenen Widerstand leisten.